

Wir glauben freilich, daß bei den Nationalsozialisten Hopfen und Malz verloren ist. Sie sind eine charakterlose Partei und alle ihre Beschlüsse gehen auch in dieser Richtung. Weber rechts noch links noch in der Mitte — das ist etwas zuviel, selbst in der Tschekoslowakei. Sie nähern sich damit dem Programm der deutschen Hakenkreuzler in der Tschekoslowakei und sie werden damit ebenso wie jene zu einem bedeutungslosen Grüpplein werden. Als Streikbrecherpartei geboren, haben sie nach dem Umsturz ihren Namen auf „tschechische Sozialisten“ geändert, um ihre erhöhte sozialistische Wirksamkeit zu erweisen. Nun kehren sie wieder zum alten Namen der Nationalsozialisten zurück, einem Namen, der aus der Zeit stammt, als die Kooperation mit dem Kapital auf ihrem Programm stand. Sie lebten nur aus der Verwerflichkeit der Nachkriegsjahre, die ihnen erheblichen Gewinn brachten. Solange die nationale Idee in der Tschekoslowakei allein die Politik zu beherrschen schien, waren sie unentbehrlich. Heute ist ihre Zeit dahin und die Parteiüberhebung wird ihnen wenig helfen.

Es ist wohl die erfreulichste Erscheinung des Wiederauflebens des internationalen Klassenkampfgedankens, wie er in den gemeinsamen Beratungen sowohl der beiden sozialdemokratischen Parteien als auch der Gewerkschaftszentralen zum Ausdruck kommt. Es ist offensichtlich, wie wenig Existenzberechtigung, aber auch Existenzmöglichkeit die pseudo-sozialistische Parteien haben, wenn die wirkliche sozialistische Bewegung eines Landes gesundet. Es ist ein Säuberungsprozeß der Parteien, den wir erleben, eine Scheidung der Klassenfronten, die wahrscheinlich auch an den Kommunisten nicht spurlos vorbeigehen wird. Hier internationales Kapital, hier internationale Arbeiterklasse — das wird und muß die Lösung für die nächste Zeit sein. Wer die Zeichen der Zeit nicht versteht, über den wird eben diese Zeit hinweggehen.

Polizeirevolver und Gummiknüppel gegen Erwerbslose.

Nach den blutigen Vorgängen vom Dienstag ist es in Breslau am Mittwoch vor dem Arbeitsnachweis in der Sternschanze erneut zu Zwischenfällen gekommen. Die Schupo beamteten machten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch und nahmen einige Verhaftungen vor. Die uns vorliegenden Meldungen der bürgerlichen Telegraphenagenturen verzichten darauf, die „Notwendigkeit“ dieser Gummiknüppelaktion irgendwo zu begründen.

Die Vorgänge vom Dienstag, über die wir die Meldungen des sozialdemokratischen Pressebüros wiedergaben, welche die Frage offen ließen, ob die Schließer der Polizei notwendig gewesen ist, erscheinen nach dem uns nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht unseres Breslauer Parteiorgans doch in einem etwas anderen Lichte. Zunächst ist allerdings zu betonen, daß ungeeignete Führer der Erwerbslosen diese, wie die Volkswacht sagt, an eine Stelle geführt haben, „wo es nach den Erfahrungen der Breslauer Arbeiterorganisationen aus vielen Jahrzehnten beinahe notwendig zu Zusammenstößen kommen muß. Alle Organisationen wissen, daß der Ring von politischen Unzuligen und Kundgebungen aus Grund von Polizeiverordnungen, deren Zweckmäßigkeit auch ernsthaft nicht zu bezweifeln ist, freigehalten werden muß.“ Weil die kommunistischen Führer der Erwerbslosendemonstration dieser Tatsache nicht Rechnung trugen, wurde die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei hervorgerufen.

Diese Schuld steht unwiderleglich fest. Anders ist die Frage zu beantworten, ob es selbst aus einer solchen Situation, wie sie durch die Führer der Demonstration geschaffen wurde, zu den Schließeraktionen kommen mußte, als deren Opfer ein Frauenleben zu beklagen ist und neun schwerere Verletzte im Krankenhaus liegen. (Dabei sei nur sichtlich an die weiteren Opfer erinnert, die zweifellos die Justiz aus den Kreisen der Demonstranten fordern wird.) Der Ring, aus dem sich die Katastrophe abspielte, war von Berittungen abgesperrt. Zwischen diesen drängten sich Erwerbslose hindurch. Nunmehr fuhr ein mit Schupo beamteten besetztes Auto heran, die Mannschaften sprangen ab und wendeten sich, ohne irgendwelche Ordnung in ihrem Vorgehen zu zeigen, gegen die Erwerbslosen. Sie wurden auf diese Weise vereinzelt, der eine und andere geriet auch wohl in Bedrängnis, und nunmehr begann die Schließeraktion, die einen großen Umfang gehabt haben muß, denn es wird berichtet, daß mindestens 100 Schüsse abgefeuert worden sind. Es ist ganz klar, daß ohne ein solch systematisches Vorgehen der Polizei eine ruhige Abdrängung der Demonstranten möglich gewesen wäre.

Kuher auf den Kommunisten lastet also zweifellos ein großer Teil der Schuld an den Dienstagsvorgängen in Breslau auf der Polizei, deren Führung der Situation nicht gewachsen war. Dabei bleibe dahingestellt, ob diese Führung, die polizeitechnisch nicht auf der Höhe war, nicht auch vielleicht noch andere Mängel aufweist. Um so mehr ist zu unterstreichen, was unser Breslauer Parteiorgan im Anschluß daran noch zu sagen hat:

Ueber der Frage nach der Schuld an den Zusammenstößen darf unserer Meinung aber die tiefere Schuldfrage nicht vergessen werden, die Frage nach der Schuld an der Not der Arbeitslosen. Würden diese Unglücklichen nicht hungern, so wären sie auch nicht zu unüberlegten Kundgebungen zu mißbrauchen. Den Verzweifelten Verneunft zu predigen, ist eine aussichtslose Aufgabe, so lange man ihnen nicht den Grund zur Verzweiflung nimmt. Immer wieder hat die sozialdemokratische Partei vor solchen Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik gewarnt. Vergeblich hat sie sich Zollerhöhungen und Kartellbegünstigungen entgegen gestellt, die die Wirtschaftskrise verlängern und verschärfen mußten. Vergeblich hat sie den Zollerieg mit Polen bekämpft, der in Breslau die Arbeitslosigkeit besonders verschärft. Es ist uns gelungen, die Fürsorge für die Erwerbslosen etwas zu verlängern und zu verbessern, und auch dies durch unsere Stadtverordneten verordnete Notstandsarbeiten zu schaffen. Aber unser Antrag auf Erwerbslosenunterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit ist immer wieder von bürgerlichen Mehrheiten niedergestimmt worden. Immer noch gibt es Leute zu Tausenden, die schuldblos nach neumanntlicher Erwerbslosigkeit jede Unterstützung verlieren und sich allenfalls an die Armenpflege wenden können. In diesen Verhältnissen liegen die wahren Gründe für die Verzweiflungsausbrüche der Erwerbslosen. Wer diese Dinge kennt, der wird den Hungernden keinen Vorwurf daraus zu machen wagen, daß sie einmal die Haltung verlieren. Auch die beste Polizei kann auf die Dauer eine öffentliche Ordnung nicht vor schwarzen Erschütterungen schützen, wenn gleichzeitig die Wirtschaftspolitik verlagert. Möge das geflohen vergessene Blut für diese Wahrheit zeugen und so Wiederholung der gefürchten Vorgänge vorbeugen, die der Winter sonst allzu leicht bringen kann!

Annahme des deutsch-sinnischen Handelsvertrags. Der finnische Riksdag hat den Handelsvertrag mit Deutschland und die Sonderbestimmungen für provisorische Regelung des Handels zwischen Finnland und Deutschland angenommen.

Stegerwald und Silberberg im Bunde.

Der Zentrumsabgeordnete Adam Stegerwald, der bekannte deutschnational schillernde Führer der christlichen Gewerkschaften, teilt in seinem Blatte Der Führer mit, daß demnächst eine Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Industrie stattfinden wird, in der die Aussprache über die Silberbergische Rede fortgesetzt werden soll. Sie dürfte nach seiner Meinung „eine Abschwächung, sondern eine Unterstreichnung des Rufes nach der Sozialdemokratie“ ergeben. Die öffentliche Weiterführung der Auseinandersetzungen, die mit Silberbergs Rede begannen, wird seitens der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie am 1. Oktober in Düsseldorf erfolgen. In diesem Tage halten die beiden maßgebenden Unternehmerorganisationen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ihre Jahresversammlungen ab. Der „Herr“ der Gutehoffnungshütte, Generaldirektor Reusch, der „Herr“ der rheinischen Braunkohle, Generaldirektor Silberberg, und der Reichstagsabgeordnete Lammer, der Verbindungsmann des Zentrums zur Großindustrie, werden dort reden.

Inzwischen stellt Herr Stegerwald, der durch seine Voraussage über das Ergebnis der Aussprache im Präsidium des Industrieverbandes seine guten Beziehungen zur Industrie erkennbar macht — der Politiker Stegerwald hat anscheinend die Vorführung vergessen, die der Gewerkschafter Stegerwald in solchen Dingen haben sollte! —, der Sozialdemokratie folgende Frage:

„Will die deutsche Sozialdemokratie nach Genf ähnlich wie die belgischen Sozialisten, selbst auf die Gefahr hin, vorübergehend von den Kommunisten geschwächt zu werden, positiv an dem Aufbau von Staat und Wirtschaft mitarbeiten, oder zieht sie es vor, unter allen Umständen eine zahlenmäßig starke Partei zu bleiben und die Aufbauarbeit den anderen Parteien allein zu überlassen? In letzterem Falle müßte sie in den Kauf nehmen, lange Zeit nicht mehr als ernster Faktor in der deutschen Politik gewertet zu werden.“

Herr Stegerwald ist ein schnurriger Herr. Die ihn bewegenden Motive gehen letzten Endes auf die Sorge um die Erhaltung des Bestandes der Zentrumspartei zurück. Mit solchen Gefühlen im christlichen Busen stellt er der Sozialdemokratie die Frage, ob sie nicht die Güte haben will, sich in eine Lage zu begeben, aus der zwangsläufig eine Schwächung der Sozialdemokratie entstehen müßte. Ob die Sozialdemokratie ein erster Faktor in der deutschen Politik sein wird, das hängt lediglich von ihrer Stärke ab, nicht aber von der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit des Herrn Stegerwald. Unsere Partei kann also nichts anderes tun, als eine Politik zu treiben, die ihre Stärke erhöht und steigert. Deshalb wird auch „das süße Lieb“ der Stegerwälder und Silberbergs unbeachtet verhalten, trotz mancher, für diesen Gang allzu empfänglichen Parteigenossen.

Der Zerfall des Thüringer Bürgerblocks.

Die Telegraphen-Union berichtet aus Weimar: „Hier fand eine Besprechung der deutschdemokratischen Partei, der deutschen Volkspartei, der deutschnationalen Volkspartei und der Reichspartei des Mittelstandes (Wirtschaftspartei) statt, in der das künftige Vorgehen zu den Landtagswahlen in Thüringen besprochen wurde. Mit Ausnahme der deutschen demokratischen Partei, die sich eine spätere Stellungnahme vorbehielt, stimmten die übrigen Parteien grundsätzlich einem gemeinsamen Vorgehen zu.“

Nach dieser Darstellung, die die TU. unter der Überschrift: „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft bei den thüringischen Landtagswahlen“ bringt, mußte man annehmen, daß es bereits gelungen sei, die bürgerliche Einheitsfront in Thüringen herzustellen. In Wirklichkeit scheint es aber mit der Einheit noch nicht allzu weit her zu sein. Vor allem fällt auf, daß der Thüringer Landtag nicht an den Besprechungen teilgenommen hat. Die Landtagsmitglieder scheinen demnach an ihrer Auffassung festzuhalten, daß sie — gestützt auf ihren gut funktionierenden Organisationsapparat — bei den Wahlen besser abscheiden werden, wenn sie sich nicht zu fest an die bisherigen Traditionen halten. Im übrigen scheinen sich auch sonst hinter den Kulissen Dinge abzuspielen, die nicht gerade auf Einheit, Geschlossenheit und besonderen Kampfesmut der Blockmitglieder schließen lassen. Wie der Soz. Pressebericht, wollen drei namhafte Führer der Reichspartei für den neuen

Nikolaus Titulescu.



II. Genf, 22. September. Der rumänische Gesandte in London, Titulescu, ist zum ständigen Vertreter Rumäniens beim Völkerbund ernannt worden.

Landtag nicht wieder kandidieren. Es sind das der deutschnationalen vielfache Rittergutsbesitzer von Eichel-Streiber, der es vorziehen will, sich ganz der Kirchenregierung in Thüringen zu widmen, ferner der Führer des Landbundes, Rechtsanwalt Dr. Werner, und der frühere Sondershausen'sche Staatsminister, die ehemalige Exzellenz Bauer, der Führer der Deutschen Volkspartei. In politischen Kreisen ist man angefaßt der ziemlich gleichzeitig erfolgenden Mitteilung über den Willen der drei Mitglieder, nicht wieder in die politische Arena Thüringens steigen zu wollen, der Ansicht, daß es sich um eine der Resignation gegenüber der völlig verkehrten „Ordnungspolitik“ der letzten drei Jahre handelt.

Demokratische Sympathien für Mussolini.

W. A. Jahre sind es her, daß das feudale-militärische System in Deutschland zusammenbrach und der deutsche Spießbürger in die ihm ungewohnte Situation kam, selbst über die politischen Geschicke seines Landes zu bestimmen. Wenn die Exponenten der bestehenden Klasse es in dieser Zeit auch vorzüglich verstanden haben, ihre Interessen auf politischem Gebiet zur Geltung zu bringen, so ist der gute deutsche Bürger der ihm wider Willen erblichten Freiheit noch sehr ungewohnt. Er verheimlicht die erbärmlich blamierten Götzen der Vergangenheit und hofft auf irgendeine „starke Hand“, die ihn der Plage eigenen Denkens und eigenen Urteils enthebe.

Diese durch das ganze deutsche Bürgertum gehende Stimmung erklärt es, daß man sogar in der demokratischen Presse Sympathieerklärungen für das Italien bedrückende blutige Gewaltregime findet. Trotzdem das, wie gesagt, psychologisch bis zu einem gewissen Grade erklärbar ist, berührt es einen doch sonderbar, sogar im Berliner Tageblatt Berichte aus Rom zu lesen, die eigentlich auch einem demokratischen Journalisten bedenklich erscheinen sollten. Man wird dabei unwillkürlich an Filippo Tanassi' bittere Worte in der dem faschistischen Einmarsch in Rom folgende Kammerdebatte erinnert, mit denen er sich an die bürgerliche Linke wandte und ihr vorhielt, daß hier ihre und nicht die sozialistische Ideologie, ihr und nicht der sozialistische Staat durch Gewalt über den Haufen geworfen werde — und nur die Sozialisten sich dagegen zu stellen wägen.

Würde es gegebenfalls in Deutschland anders sein? Wenn man Herrn Dr. Barths Hymnen auf den Faschismus im Berliner Tageblatt liest, muß man das sichtlich bezweifeln.

Herr Barth ist kein Anhänger des Faschismus. O nein, er ironisiert sogar das eine oder das andere, steht „Kopie“ in Anführungsstrichen, berichtet, daß rebellische Universitätsprofessoren „fliegen“ und ist überhaupt Korrespondent des demokratischen Berliner Tageblattes. Aber er findet bei objektiver Betrachtung (alle guten Bürger sind „objektiv“), daß die Einführung der Todesstrafe in Italien gar nichts Besonderes sei — denn sie bestche doch auch in republikanischen Staaten. Er berichtet auch, daß „das Volk“ von der Unerklärlichkeit des faschistischen Regimes überzeugt und die Ueberzeugung von Mussolini's halbheiligem Sendung (nicht in Anführungsstrichen) wohl oder übel so tief in die Volksseele gedrungen sei, daß man sie lenken — es folgt ein Zitat aus einer faschistischen Zeitung. So nebenbei wird dann noch erzählt, daß der Faschismus gegen die antikommunistische Presse Maßnahmen ergriffen habe. „Maßregeln“ sind allerdings ergriffen worden und zwar solche, daß die nichtfaschistische Presse vernichtet, in ihrem übrigen gebliebenen kümmerlichen Resten mundtot gemacht ist. Ob unter dieser Voraussetzung in einem von staatlich besetzten Bayern terrorisierten Lande von dem Ausdruck der Volksseele geredet werden kann, wenn ein Selbstschreiber des herrschenden Regimes aus gewohnheitsmäßigem Personenkultus in Wohnortverstellungen gerät, sollte eigentlich auch einem demokratischen Journalisten, dessen Heimatland noch nicht nach faschistischem Rezept „dynamisch“ regiert wird, fraglich erscheinen. Das ist aber keineswegs der Fall. Gleichmütig, ohne jede Empörung oder auch nur Kritik, wird so nebenbei die unerhörte Sklaverei geschildert, in die der Faschismus Italien versetzt hat. Westgala terret — die Andersdenkenden wägen, daß sie es hier mit einer Partei zu tun haben, die keine absprechende Kritik duldet. Das stimmt allerdings und Herr Barth hätte ruhig Matteotti oder Don Minzoni oder Piccini oder auch den bürgerlichen Demokraten Amendola aus ihren Gräbern hätte zitieren können, daß der Faschismus keine Kritik duldet.

Was aber nicht stimmt ist die ungeheure, von keinem Sachkenntnis getriebene Behauptung, die arbeitenden Klassen gehören (von Herrn Barth gesperrt) dem Faschismus, weil sie unter dem Banner des Faschismus dem Unternehmer gegenüber Schutz und kameradschaftliche Hilfe finden. So etwas kann man zwar in faschistischen Zeitungen lesen. Dadurch wird es aber noch nicht wahr. Selbst wenn Herr Barth darauf verzichtet, die wirkliche Meinung der Arbeiter persönlich festzustellen oder diese sich in einem Regime, in dessen Bereich ein unvorsichtiges Wort Leben und Fortschritt kosten kann, ihm nicht anvertrauen, könnte er sogar aus dem Organ der faschistischen Korporationen bei einiger Aufmerksamkeit die Zweifelhaftheit faschistischer Arbeiterfürsorge entnehmen. Die Verleumdung des Brotes ist dem Herrn Korrespondenten des W.T. nicht entgangen, wenngleich sie ihm anscheinend für die arbeitenden Klassen unerheblich erscheint. Warum hat er nicht auch einmal den realen Wert der im faschistischen Paradies geltenden Löhne nachgeprüft. Hat er nicht bedacht, daß seine eigene Behauptung, die Unternehmer gehorchen aus wirtschaftlichem Interesse dem Faschismus, mit der „kameradschaftlichen Hilfe“ in Widerspruch steht?

Allerdings gehören die italienischen Arbeiter, wenn sie nicht anders können. Aber nicht, weil sie im Faschismus ihren Beschützer sehen, sondern weil sie eine Schlacht verloren haben. Die sechs-hundert Toten, die seit der Machtergreifung des Faschismus seinen blutigen Weg umhinken und fast alle der Arbeiterklasse angehören, sprechen eine deutlichere Sprache, als die eines durch etwas militärischen Alsimb und die von innerer Furcht durchzitterten Theatergesten des „Ansbürgerischen“ erlöndeten gehoramtürchtigen deutschen Spießbürgers.

Es kriselt wieder in Polen.

SPD. Warschau, 22. September. Am Mittwoch fand in der Budgetkommission des Sejm die zweite Lesung des Budgetprojekts statt. Während die Linksparteien für das Budget stimmten, brachten die Rechtsparteien einen Antrag auf Herabsetzung der vorgesehenen Ausgaben um 32 Millionen ein. Ferner verlangten sie mit der Befestigung des Budgets den Erlass eines Gesetzes, demzufolge die einzelnen Minister für eine Ueberziehung der vorgesehenen Ausgaben in ihrem Ressort persönlich haftbar gemacht werden sollen. Der Finanzminister Karzner trat dieser Forderung energisch entgegen und erklärte, es sei unmöglich, im Rahmen des Budgets zu wirtschaften, und Ueberziehungen seien deshalb nicht zu vermeiden. Die Streichung der 32 Millionen betrachtet der Minister als eine politische Demonstration. Sollte die Herabsetzung beschlossen werden, so würde die Regierung aus diesem Beschluß die Konsequenzen ziehen und demissionieren. Der telephonisch von diesem Vorschlag verständigte Ministerpräsident Bartel schloß sich nach Rücksprache mit Willuski der Auffassung des Finanzministers an. Die Entschcheidung wird in der am Donnerstag stattfindenden Plenarsitzung des Sejm fallen.

Truppenkonzentration an der litauischen Grenze?

II. London, 22. September. Wie die Central News aus Romo berichten, hat die litauische Regierung alle ihre Gesandten im Ausland instruiert, die Aufmerksamkeit der Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, auf die Konzentration polnischer Truppen an der litauischen Grenze zu lenken. In dem Memorandum, das die Gesandten den betreffenden Regierungen vorlegen sollen, wird Polen beschuldigt, den Frieden Europas durch seine Truppenkonzentration zu gefährden.